



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Motion von Patrick Schäfli, FDP-Fraktion: Stopp dem totalen Überwachungs-Radar-Staat auf der Strasse**

**Autor/in:** [Patrick Schäfli](#)

**Mitunterzeichnet von:** -

**Eingereicht am:** 25. März 2010

**Bemerkungen:** Als dringlich eingereicht  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

**Die Baselbieter Regierung soll sich gegen den Test und die geplante Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (Section Control) im Baselbiet einsetzen.**

Das Bundesamt für Strassen hat bekannt gegeben, dass ab Herbst 2010 auf einem Autobahnteilstück bei Arisdorf die umstrittene Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) getestet wird. Was harmlos als Test eines neuen Systems von den Bundesbehörden vorgestellt wird, ist nichts anderes als die Einführung einer totalen Überwachung der Baselbieter bzw. Schweizer Automobilisten.

Es geht offensichtlich darum, diese neuen Systeme als gigantische Bussen-Generatoren grossflächig einzusetzen. Die Tests bilden nur einen Anfang, gemäss Bundesamt sollen diese neuen flächendeckenden Radarsysteme danach landesweit eingesetzt werden.

Diese neuen Radarfallen verletzen in hohem Masse den Datenschutz und die Privatsphäre der Automobilisten, was von Datenschutzspezialisten bestätigt wird.

Weiter wird durch dieses System der Verkehrsfluss massiv gestört, da die Automobilisten gemäss Stauexperten Michael Schreckenberger auch an ungefährlichen Stellen langsamer als nötig fahren werden. Wenn Automobilisten über längere Strecken sehr langsam und monoton fahren müssen, ermüdet dies die Fahrer, was zu mehr Unfällen als heute führen wird. Staus und mehr Unfälle drohen. Ebenso muss am Ende einer AGK-Strecke mit abrupten Bremsmanövern gerechnet werden, wenn Automobilisten befürchten, sie hätten den Abschnitt eher zu schnell befahren. Dies ist gerade in Tunnels besonders heikel.

Die neuen unnötigen Radarfallen (AGK) dienen daher nicht der Verkehrssicherheit, sondern lediglich dem generieren von Busseneinnahmen und dem weiteren Schröpfen der Automobilisten. Sie sind datenschützerisch bedenklich, da willkürlich, ohne Straftatbestand, Daten jedes Fahrzeuges mit Nummernschildern gesammelt werden. Eine Rechtsgrundlage dafür gibt es nicht. Die AGK-Radaranlagen auf Baselbieter Kantonsgebiet müssen daher bekämpft werden.

**Der Regierungsrat wird daher beauftragt, sich beim Bundesamt für Strassen sowie beim Bundesrat gegen die Tests bzw. die Einführung der Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) auf Baselbieter Autobahnen einzusetzen.**

**Er interveniert diesbezüglich beim Datenschutzbeauftragten des Bundes und berichtet überdies dem Landrat, wie es zu diesen Test-Bewilligungen gekommen ist und welche Haltung die Regierung Basel-Landschaft dazu vertritt.**